



**FRIEDRICH NAUMANN
FOUNDATION** For Freedom.
Human Rights Hub

FRAUENBILD UND FRAUEN- RECHTE

Eine Analyse von rechtspopulistischen
Parteiprogrammen vor der Europawahl

Human Rights Hub

ANALYSE

Impressum

Herausgeber

Friedrich Naumann Foundation for Freedom
Human Rights Hub
Rue de Vermont 37-39
1202 Genève

 /freiheit.org

 /FriedrichNaumannStiftungFreiheit

 /FNFreiheit

Redaktion

Dr. Michaela Lissowsky, Head Human Rights Hub, Genf

Dr. Nele Fabian, Senior European Affairs Manager, FNF European Dialogue, Brüssel

Joeroen Dobber, Head of Global Security Hub, FNF European Dialogue, Brüssel

Greta Kiss, Regional Project Manager, FNF European Dialogue, Brüssel

Barbora Krempaská, Project Manager (Polen/Slowakei/Slowenien), FNF Mitteleuropa und Baltische Staaten, Prag

Katharina Osthoff, Human Rights & EU Liaison Manager, FNF European Dialogue, Brüssel

Jeanette Süß, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, IFRI, Paris

Rahel Zibner, Project Assistant Spanien/Italien/Portugal, FNF Spanien, Italien, Portugal und Mittelmeerdialog, Madrid

Kontakt

E-Mail: service@freiheit.org

Stand

April 2024

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt.

Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Inhalt

| | |
|---|----|
| 1. Zusammenfassung | 4 |
| 2. Familienbild | 5 |
| 3. Gleichstellung | 9 |
| 4. Schwangerschaftsabbruch und Reproduktive Rechte | 10 |
| 5. Geschlechtsspezifische Gewalt | 12 |
| 6. Ausblick: Recht auf Abtreibung in der EU Grundrechtecharta | 14 |

1. Zusammenfassung

Mit den anstehenden Europawahlen droht ein Rechtsruck im Europäischen Parlament. Der zunehmende Einfluss von Parteien am extrem rechten politischen Rand kann Folgen für das Zusammenleben in der Europäischen Union (EU) haben – besonders für Minderheiten und Frauen. Im Fokus der nachfolgenden Analyse stehen die Wahlprogramme und Agenden von europäischen rechtspopulistischen Parteien. Untersucht wurde, wie die ausgewählten Parteien Gleichstellung und geschlechtsspezifische Themen bewerten, in Zukunft fördern oder gar gezielt einschränken wollen. Daraus ergibt sich auch, inwieweit Frauen bestimmte Rollen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zugeschrieben werden.

Im Vordergrund des Untersuchungsinteresses standen die Gemeinsamkeiten rechtspopulistischer und rechts-extremistischer Parteien. Die Wahlprogramme und politischen Agenden folgender Parteien (in alphabetischer Reihenfolge) wurden analysiert:

- Alternative für Deutschland (AfD – Deutschland),
- Fidesz (Ungarn),
- Fratelli d'Italia (Fdi – Italien),
- Partij voor de Vrijheid (PVV – in dt. übersetzt: Partei für die Freiheit – Niederlande),
- Prawo i Sprawiedliwość (PiS – in dt. übersetzt: Recht und Gerechtigkeit – Polen),
- Rassemblement National (RN – Frankreich),
- Vox (Spanien).

Alle Wahlprogramme wurden in den jeweiligen Landessprachen gelesen und von den Autorinnen übersetzt und nach vorher definierten Schlagwörtern analysiert.

Die Untersuchung führte zu eindeutigen Ergebnissen. Das Frauenbild zeichnet sich in den Parteiprogrammen und politischen Agenden durch eine Reihe von Gemeinsamkeiten aus: In den rechtspopulistischen Parteien Europas werden als Frauen diejenigen verstanden, die heterosexuell sind, in einer Ehe mit einem Mann leben und keinen Migrationshintergrund haben. Frauen werden besonders dann als Frauen von

rechtspopulistischen Parteien betrachtet, wenn sie Schwangerschaftsabbrüche ablehnen und viele Kinder gebären wollen.

Rechtspopulistische Parteien haben in Europa eine weitere große Gemeinsamkeit: ihr Familienbild. Es ist traditionell, heteronormativ und zeichnet sich alleinig durch eine Ehe zwischen Mann und Frau aus. Eine Ausnahme ist die französische Partei Rassemblement National, die auch alleinerziehende Mütter fördern will.

Das Vorhaben, die „traditionelle“ Familie fördern zu wollen, nimmt mehrere politische Ziele in den Blick. Zum einen soll durch den eigenen ethnisch-nationalen Nachwuchs dem vorherrschenden Demographieproblem in vielen Ländern entgegengewirkt werden. Zugleich wird so die inhaltliche Strategie einer rechtspopulistischen Migrationspolitik verfolgt. Ablehnung von Migrantinnen und Migranten, zum Teil bis hin zur Hetze, ist in den Parteiprogrammen und Agenden unterschiedlich stark ausgeprägt. Die traditionelle Familie steht bildlich für die eigene Nation, die gestärkt, gepflegt und von innen heraus ausgebaut werden soll – mit eigenen Nachwuchsbürgerinnen und -bürgern. Andere Lebens- und Familienmodelle werden überwiegend abgelehnt.

Mit der Fokussierung auf die Familie als geschützte Einheit versuchen extrem rechte Parteien aber auch gezielt, das Kollektiv in den Vordergrund und damit über das Individuum zu stellen. Damit soll die wesentliche Errungenschaft der liberalen Demokratien systematisch unter dem Vorwand der Förderung vermeintlich familienfreundlicher Werte geschwächt werden.

Individuelle Freiheitsrechte, wie etwa das grundlegende Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper, werden von rechtspopulistischen Parteien vielfach negiert. Dies zeigt sich in teilweise grotesken Forderungen rechtspopulistischer Parteien, wenn es um Abtreibungen geht. Die Analyse umfasst deshalb auch am Ende einen Ausblick auf die jüngste Diskussion auf europäischer Ebene rund um das Recht auf Abtreibung und eine etwaige Aufnahme in die Charta der Grundrechte der Europäischen Union.

2. Familienbild

Alternative für Deutschland (AfD) – Deutschland

In ihrem Wahlprogramm¹ skizziert die Alternative für Deutschland (AfD)² ein traditionelles Familienbild, das sich zwischen zwei Geschlechtern, Mann und Frau, abspielt. Gezielt sollen traditionelle Geschlechterrollen gefördert werden (S. 46). Die AfD erklärt die Familie an verschiedenen Stellen zum „Herzstück der Gesellschaft“, welche folglich unter „besonderem Schutz des Grundgesetzes“ stehe. Zwar schreibt die AfD, dass es allen Menschen freistünde, ihren jeweiligen Familienstand zu wählen, jedoch seien diese Formen laut der Partei nicht der „Ehe zwischen Mann und Frau“ gleichzustellen. Vor diesem Hintergrund bekennt sich die AfD zum „klassischen Leitbild der Familie“, in der „Vater und Mutter“ (nicht etwa gleichgeschlechtliche Partner) „in dauerhafter gemeinsamer Verantwortung für ihre Kinder sorgen“ (S. 46). Die Familie im klassischen Rollenverständnis erscheint an 26 Stellen im 50-seitigen EU-Wahlprogramm und stellt damit den zentralen Fokus dar. Die Unantastbarkeit und Autonomie der heteronormativ gedachten Familie sind wichtige Punkte der AfD-Familienpolitik. Gleichzeitig lehnt die Partei jedwede Einmischung durch die EU ab. Die EU sei nicht für Familienpolitik zuständig und dürfe daher auch nicht in die Familien hineinregieren oder diese gar durch Quoten steuern. (S. 46) Eine weitere Erläuterung wird an dieser

Stelle nicht vorgenommen.

Im Mittelpunkt der Familienpolitik der AfD (S. 46) stehen die Kinder. Die Verantwortung für das Kindeswohl und die Entscheidungsfreiheit bei der Erziehung sollen einzig bei Vater und Mutter liegen und vor staatlichen Eingriffen geschützt werden (S. 46). Die AfD gibt an, dass in Deutschland aktuell Familien gegenüber Kinderlosen benachteiligt würden und sie sich daher für die Verbesserung der Lebensqualität von Familien einsetze. Besonders junge Menschen sollen ermutigt werden, eine Familie zu gründen, da die Partei der Ansicht ist, der Fachkräftemangel in Deutschland könne durch eine Erhöhung der Anzahl deutscher Mehrkindfamilien in der Mittelschicht behoben werden. So erklärt die Partei, der Fachkräftemangel sei eine Folge des demographischen Wandels durch die steigende Zahl an Kinderlosen (S. 46). Mit dieser Auslegung spricht sich die Partei erneut für die gezielte Unterstützung von Familien mit mehreren Kindern aus. Stets wird das traditionelle heteronormative Familienbild bevorzugt, bestehend aus einem heterosexuellen, verheirateten Paar (S. 46). Zudem bekennt sich die Partei zur Fürsorgepflicht gegenüber der deutschen Minderheit im Ausland. Diese soll mit Schulen sowie Kindergärten gefördert werden, um die deutsche Kultur und Sprache auch über die Grenzen hinweg zu sichern (S. 32).

Fidesz³ – Ungarn

¹ Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 10. Europäischen Parlament, (6. August 2023), https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/11/2023-11-16_-AfD-Europawahlprogramm-2024_-web.pdf.

² Die Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) ist eine seit 2013 in Deutschland aktive Partei, die sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Europäischen Parlament in Brüssel vertreten ist. Im Europäischen Parlament ist die AfD Teil der rechtsextremen und europaskeptischen Fraktion *Identität und Demokratie* (ID). In der ID sind Europaabgeordnete aus neun Mitgliedstaaten versammelt, bei denen es sich mehrheitlich um rechtspopulistische und national-konservative Parteien wie die italienische *Lega* und das französische *Rassemblement National* handelt. Nachdem bereits seit 2019 einzelne AfD-Europaabgeordnete Mitglieder dieser Fraktion waren, haben die AfD-Delegierten im Rahmen ihres Parteitags 2023 für den offiziellen Beitritt in die ID-Fraktion im Europäischen Parlament gestimmt. Der Einfluss und die Finanzierung der extremen Rechten im EU-Parlament ist dadurch weiter gestiegen.² Die AfD selbst bezeichnet die EU als „zutiefst undemokratisch“ und stellt regelmäßig die Legitimität des Europäischen Parlaments in Frage.

³ In Ungarn besteht eine besondere Situation in Bezug auf Wahlprogramme. Zu Beginn der 2000er Jahre war es noch gängig, dass Parteien ihre Programme vor anstehenden Wahlen präsentierten. Im Mai 2004 trat Ungarn der Europäischen Union bei, und das Leitmotiv des Fidesz-Wahlprogramms lautete damals „Nur gemeinsam können wir erfolgreich sein“. Zu diesem Zeitpunkt hatte Fidesz gerade eben erst ihre

Mitgliedschaft in der Fraktion der Liberale Internationale (LI) aufgegeben und war der Europäischen Volkspartei (EVP) beigetreten. Im März 2021 trat sie aus der EVP-Fraktion wieder aus und kam damit dem drohenden Ausschluss zuvor. Im Februar erwähnte Viktor Orbán, seine Partei werde sich nach der Wahl im Juni eventuell der EU-Parlamentsfraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR) anschließen. Der ERK-Fraktion gehören u.a. auch die Frattelli d'Italia, die spanische Vox und die polnische Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) an.

Seit 2010, als Fidesz im Tandem mit der Christlich-Demokratischen Volkspartei die ungarischen Parlamentswahlen erstmals mit einer Zweidrittelmehrheit gewann (dies wiederholte sich in den Jahren 2014, 2018 und 2022), hat sich der politische Diskurs in Ungarn stark verändert. Parallel zum langsamen Verfall zentraler demokratischer Mechanismen und Institutionen in der ungarischen Politik hat sich auch die Programmatik von Fidesz gewandelt. Seit 2010 veröffentlicht die Partei keine Wahlprogramme mehr – weder für die Parlamentswahlen noch für die Europawahlen. Während Fidesz für die Europawahlen 2009 noch ein Programm von 300 Seiten mit dem Slogan „Ein Land sagt: Es reicht“ herausgab, in dem vor allem die damalige ungarische Regierung kritisiert wurde, wurde 2010 das vorerst letzte Fidesz-Programm für die ungarischen Parlamentswahlen veröffentlicht. Für alle danach stattfindenden Europawahlen setzte Fidesz immer wieder auf kraftvolle Slogans, wie „Respekt für Ungarn“ (2024) oder „Einwanderung stoppen“ (2019). Das letzte Programm aus 2019 umfasste lediglich sieben Sätze; in keinem wird die

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieser Publikation hat Fidesz auch für die Europawahl 2024 kein Wahlprogramm vorgelegt. Im Folgenden werden daher neue Gesetze oder Gesetzesvorhaben, die von Fidesz ins Parlament eingebracht und bereits verabschiedet wurden, analysiert.

So wurde bereits im Jahr 2020 das traditionelle, heteronormative Familienbild in die ungarische Verfassung aufgenommen. Darin wurde festgelegt, dass die Mutter weiblich und der Vater männlich sei. Die Venedig-Kommission des Europarats zitiert in ihrer Bewertung der Ergänzungen den entsprechenden Absatz aus der ungarischen Verfassung: „Ungarn schützt die Institution der Ehe als freiwillige Verbindung von Mann und Frau [früher: Mann und Frau] und die Familie als Grundlage für das Überleben der Nation. Die familiären Bindungen müssen auf der Ehe oder der Beziehung zwischen Eltern und Kindern beruhen. Die Mutter muss eine Frau sein, der Vater ein Mann.“⁴

Die hohe Bedeutung der Familie wird in der Verfassung in einen direkten Kontext mit der ungarischen Nation gesetzt: „Wir verkünden, dass Familie und Nation die Eckpfeiler des

Zusammenlebens sind, wobei Loyalität, Glaube und Liebe die wichtigsten Werte der Einheit darstellen.“⁵ Des Weiteren wurde bestimmt, dass die Verfassung das Recht der Kinder schütze, indem bei Geburt das Geschlecht zu identifizieren und festzulegen sei.⁶ Zuletzt stellte das „Kinderschutzgesetz“ von 2021⁷ einen bedeutenden Angriff auf zuvor bereits etablierte LGBTIQ-Rechte dar. Aus Sicht von Experten ist dieses Gesetz als trans- und homophobes Propagandagesetz zu betrachten.

Bereits nach ihrem Wahlsieg im Jahr 2010 verkündeten die damaligen Regierungsparteien (Fidesz, mit der Christdemokratischen Volkspartei, KDNP) ihre Politik eines „familienfreundlichen Landes“. In der Folge wurden

verschiedene Maßnahmenpakete eingeführt, darunter vergünstigte Kredite für junge Ehepaare, die eine Familienplanung in Erwägung ziehen. Die ungarische Regierung unterstützt seither traditionelle Familienwerte und betont häufig die Rolle von Frauen vor allem im Kontext der Kindererziehung, jedoch weniger in Bezug auf den Aufbau ihrer eigenen Karriere. Im Jahr 2020 wurde eine Ministerposition (jedoch ohne eigenes Ministerium) für Familienangelegenheiten geschaffen, die Katalin Novák übernahm. Zuvor war Novák Staatssekretärin für Familie und Jugend gewesen.⁸ Novák, die ab Mai 2022 bis zu ihrem Rücktritt⁹ am 10. Februar 2024 auch die Präsidentin von Ungarn war, stellte gemeinsam mit der früheren Justizministerin Judit Varga das weibliche Spitzenduo der Fidesz dar. Beide haben sich während ihrer langjährigen politischen Laufbahn in verschiedenen Positionen wiederholt für das traditionelle Familienbild und die Rolle der Frauen in der Gesellschaft ausgesprochen, wobei beispielsweise Novák hervorhob, dass Frauen und Männer nicht in einem „falsch verstandenen Kampf um Emanzipation“¹⁰ um dieselben Positionen und Gehälter konkurrieren sollten. Hierbei betonte sie stets die Bedeutung von Frauen in ihrer Rolle des *Mutterwerdens*.

Fratelli d'Italia – Italien

Im Zentrum des Programms der regierenden Partei „Brüder Italiens“¹¹ der Ministerpräsidentin Giorgia Meloni steht eine „Gott-Vaterland-Familie-Politik“ und ein ultrakonservatives, traditionalistisches Frauenbild. Das Parteiprogramm reflektiert eine biologisch bestimmte und binäre Vorstellung des Geschlechts und vertritt politische Positionen im Sinne der Förderung einer „natürlichen, traditionellen Familie“ im Rahmen eines christlichen Weltbildes. Frauen kommt in der italienischen Gesellschaft jedoch auch allgemein primär die traditionelle Rolle der Mutter zu. Die meisten politischen Maßnahmen der Partei mit Frauenbezug sind auf der Grundlage der Annahme formuliert, dass Frauen die Hauptsorgelast in der Familie

Gleichstellung oder die Rolle von Frauen genannt. Bis März 2024 und dem Redaktionsschluss dieser Publikation hatte Fidesz auch für die Europawahl 2024 kein Wahlprogramm vorgelegt.

⁴ Übersetzung in Deutsch durch Redaktion, original in ENG: „Hungary shall protect the institution of marriage as the union of one man and one woman [previously: a man and a woman] established by voluntary decision, and the family as the basis of the survival of the nation. Family ties shall be based on marriage or the relationship between parents and children. The mother shall be a woman, the father shall be a man.“ Venice Commission (2021), Opinion 1035/2021, Opinion on the Constitutional Amendments adopted by the Hungarian Parliament in December 2020, [https://www.venice.coe.int/webforms/documents/default.aspx?pdffile=CDL-AD\(2021\)029-e](https://www.venice.coe.int/webforms/documents/default.aspx?pdffile=CDL-AD(2021)029-e).

⁵ Verfassung Ungarn, (2024), Europarat, <https://www.venice.coe.int/webforms/documents/?country=17&year=all>.

⁶ Iván-Nagy Szilvia, (2020), Megszavatták az Alaptörvény módosítását: az anya nő, az apa férfi, <https://telex.hu/belfold/2020/12/15/elfogadtak-az->

[alaptorveny-modositasat-az-anyano-az-apa-ferfi](#).

⁷ Das sogenannte Kinderschutzgesetz verbietet es, Inhalte, die Homosexualität, Transidentität und Geschlechtsumwandlung darstellen, Minderjährigen zugänglich zu machen. Kritiker bezeichnen die Regelung als „Homophobiegesetz“.

⁸ See <https://2015-2019.kormany.hu/hu/tarca-nelkuli-miniszter-novak-katalin/eletrajz>.

⁹ Ungarns Staatspräsidentin zurückgetreten, (2024), [Pädophilie-Skandal: Ungarns Staatspräsidentin zurückgetreten - ZDFheute](#).

¹⁰ Földi Kitti, (15. Dezember 2015), Még ha kedvesen is mondja, akkor is szülőgépnek minősíti a nőket Novák miniszter, <https://444.hu/2020/12/15/meg-ha-kedvesen-is-mondja-akkor-is-szulogepnek-minosit-i-a-noket-novak-miniszter>.

¹¹ Programma Fratelli d'Italia 2022, (2022), SCARICA IL PROGRAMMA IN PDF, <https://www.fratelli-italia.it/programma/>.

tragen, wie bei der sogenannten „Frauen-Option“ für den Vorruhestand: demnach können weibliche Arbeitnehmerinnen mit 58 Jahren in den Vorruhestand gehen, wenn sie 35 Jahre lang Rentenbeiträge gezahlt haben; selbstständige Frauen mit 59. Aber auch andere sozialpolitische Interventionen sollen den traditionellen Familien zugutekommen. Junge Familien sollen hingegen beim Kauf eines Eigenheims unterstützt werden; auch geschiedenen Elternteilen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten will der Staat helfen.

PVV – Niederlande

In ihrem Europawahlprogramm¹² räumt die niederländische Partij voor de Vrijheid (PVV) der Frauenförderung und Gleichstellungspolitik keinen Platz ein. Bei der Analyse des siebenseitigen Textes werden Frauen lediglich im Abschnitt zu Sicherheit und Verteidigung einmal erwähnt. Die PVV adressiert Männer wie Frauen und sieht sie etwa gleichermaßen in der Verantwortung, in den nationalen Streitkräften die Niederlande zu verteidigen.

Wie zuvor in ihrem Programm zur niederländischen Parlamentswahl wird in allen Politikfeldern eine Zuspitzung auf die Themen Migration und Asyl, und hier zusätzlich auf eine Ablehnung der Europäischen Union vorgenommen. Die PVV trifft keine konkreten Wahlaussagen, sondern adressiert Wähler und Wählerinnen rhetorisch, indem sie beispielsweise gleich eingangs fragt: „Welche Zukunft wollen wir für unser Land und für unsere Kinder?“ (S. 5) In ihrer Antwort plädiert die PVV für eine „Festung Europa“ (S. 5), und erklärt, die EU Staats- und Regierungschefs hätten zuletzt massive Fehler begangen.

PiS – Polen

Die Familie und die Rolle der Frau als Mutter wird schon auf den ersten Seiten des Programms der polnischen Partei Prawo i Sprawiedliwość (PiS –Deutsch: Recht und Gerechtigkeit) beschrieben. Die Frau wird vorrangig als Mutter betrachtet. Sie sorgt dafür, dass der Grundstein für die Nation gelegt wird: die Familie. Eine Frau soll Kinder gebären und diese erziehen. Um diese Rolle ausüben zu können, wird die Gesundheit der Frau vom Staat geschützt. Entsprechend soll der Lebensstandard der Familie auf einem guten Niveau gehalten werden. Verben wie „fördern“ oder „unterstützen“ tauchen zwar 116 Mal im Parteiprogramm auf, werden aber nie im Zusammenhang mit Frauen als gleichberechtigtem Teil der Gesellschaft, sondern stets im Kontext von Familienförderung und Schwangerschaft erwähnt. Die PiS erklärt: „Die grundlegende und wichtigste soziale Einheit, der der Mensch angehört, ist die Familie. Sie basiert auf einer dauerhaften Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau.“

Im Parteiprogramm werden konkrete Maßnahmen zur finanziellen Unterstützung von Familien und Müttern aufgelistet. Die Bedeutung der Themen Familie und Geburt wird dadurch untermauert. Das Schlagwort „Familie“ kommt im Programmtext 130 Mal vor und bildet damit den Schwerpunkt der PiS. Auch in anderen Politikfeldern, wenn es um die Verteidigung des Landes, um soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Stabilität oder Energiesicherheit geht, werden diese Ziele in Bezug zur polnischen Familie gesetzt. Der Ausdruck „polnische Familie“ ersetzt an verschiedenen Stellen Begrifflichkeiten wie „polnische Bürger und Bürgerinnen“ oder „Nation“. Die Partei schreibt wörtlich, dass die Zukunft der polnischen Nation mit ihrer nationalen Sprache und Kultur vom Erhalt der „normalen“ polnischen Familie abhinge. Mit „normal“ ist stets die heteronormative Familie in einer Ehe zwischen Mann und Frau mit eigenen Kindern gemeint.

Das Bild der „normalen“ polnischen Familie wird gleich auf den ersten Seiten des Parteiprogramms erklärt. Die PiS definiert die traditionellen Geschlechterrollen und damit eine „natürliche Familie“ als eine dauerhafte Verbindung zwischen Mann und Frau mit gemeinsamen Kindern. Diese Familie soll Nachwuchs erzeugen. Für eine größere Anzahl an Kindern werden Sozialleistungen, günstige Kredite, Steuererleichterungen, kostenlose öffentliche Leistungen in Aussicht gestellt. Eine normale, natürliche Familie könne so privilegiert und bessergestellt werden: „Wir wollen, dass die polnischen Familien ein wohlhabendes Leben führen, sodass sie die Hauptnutznießer der Entwicklung des Landes sind.“ Darüber hinaus erklärt die PiS ihre Entschlossenheit, für den Erhalt der „natürlichen Familie“ diejenigen Ideologien zu bekämpfen, die sie zerstören wollen.

„Die Familie in ihrer monogamen und dauerhaften Form ist unersetzlich und bildet somit das Fundament unserer Zivilisation.“

Rassemblement National – Frankreich

Mit Marine Le Pen als Präsidentschaftskandidatin trat das Rassemblement National (RN) 2022 an und verlor gegen Emmanuel Macron. Im Parteiprogramm, das in verschiedene Themenhefte strukturiert war, finden sich zwei wiederkehrende Motive, die Rückschluss auf das Geschlechterverständnis des RN geben. Im entsprechenden Themenheft („livret famille“) wird für eine Familienpolitik geworben, die pro Natalität ausgerichtet ist. Es folgt der Hinweis, dass französische Frauen sich weit mehr als zwei Kinder wünschen, dafür die materiellen Voraussetzungen im heutigen von Kaufkraftverlust und steigenden Mieten geplagten Frankreich jedoch nicht mehr gegeben seien. Statt weiterhin Einwanderung in die französische Gesellschaft zu ermöglichen, solle der französische Staat den Franzosen und Französischen eine

¹² See <https://www.pvv.nl/nieuws/geert-wilders/11194-pvv-verkiezingsprogramma-ep-2024.html>.

nationale Präferenz einräumen, mit dem Ziel, „die nationale Familie zu stärken, um die nationale Gemeinschaft zu festigen. Dieses einfache Ziel wurde jahrzehntelang vor dem Hintergrund einer laxen Migrationspolitik fehlgeleitet.“ Insbesondere die Wahl Marine Le Pens Anfang 2011 als Vorsitzende der Partei leitete einen Richtungswechsel ein. Mit dieser medial sehr präsenten weiblichen Führungsfigur wird zunehmend auch um die weibliche Wählerschaft geworben, die lange Zeit gering war. Diese Umgarnungsversuche mündeten mit Le Pens „Brief an die Französinen“ (lettre aux Françaises) in ihrem vorläufigen Höhepunkt. Darin verwies Le Pen auch auf ihre eigene Vita: Sie hat drei Kinder allein großgezogen und ist zweimal beinahe die erste weibliche Präsidentin Frankreichs geworden. In diesem Brief regt sie französische Frauen dazu an, Führungspositionen einzunehmen:

„Generell habe ich es in meinen politischen Kampf aufgenommen, Frauen zu ermutigen, ihren Platz in unserer Gesellschaft einzunehmen. Ich hoffe, dass ich durch mein Engagement an vorderster Front des öffentlichen Lebens dazu beitragen kann, aber vor allem rufe ich sie dazu auf, eine oftmals ungerechtfertigte Form der Zurückhaltung zu überwinden und durch und für sich selbst nach Führungspositionen zu streben.“ [...] „Schließlich halte ich es für notwendig, alleinerziehenden Familien mehr Aufmerksamkeit zu widmen, da ich als alleinerziehende Mutter von drei Kindern die Belastungen dieser Situation selbst erlebt habe, weshalb ich eine Verdoppelung der Familienbeihilfe [Anm. entspricht Kindergeld] vorschlage.“

Le Pen und der RN unterscheiden sich mit dieser Positionierung deutlich von den Fratelli d'Italia und der Fidesz.

Vox – Spanien

Inhalt und Vision der Frauenpolitik im Wahlprogramm der spanischen Partei Vox sind vor allem durch das Verständnis von Familie gekennzeichnet. Die traditionelle oder „natürliche“ Familie – gemeint ist stets die heteronormative Familie – wird als Grundpfeiler der Gesellschaft betrachtet, ohne dass die Rollen von Frauen oder Männern genauer definiert werden. Der Begriff „Eltern“ wird ohne individuelle Unterscheidung beider Teile, Vater und Mutter, verwendet. Die Familie soll gefördert und unbedingt in dieser Konstellation erhalten werden. Vox schlägt sogar vor, einen neuen rechtlichen Rahmen zum Schutz von Heim und Familie zu schaffen. Bürgerinnen und Bürger etwa, die daheim in Notwehr handeln – beispielsweise in der Situation eines Einbruchs – sollten sich bis zur Bestätigung ihrer Unschuld keinem gerichtlichen Verfahren unterziehen müssen.

3. Gleichstellung

Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union erklärt in Artikel 21 und Artikel 23 die Gleichstellung zwischen Mann und Frau zu einem Grundwert und einem anzustrebenden Ziel aller Institutionen und ihrer Mitglieder.

AfD – Deutschland

Die AfD schreibt in ihrem Europawahlprogramm,¹³ dass sie Chancengleichheit für Frauen und Männer anstrebt und die gesellschaftliche Ungleichbehandlung von Männern und Frauen nicht toleriere. Als Untermauerung wird eine Ablehnung von Kinder-, Viel-, und Zwangsehen, und auch von Genitalverstümmelung und Vollverschleierung genannt. Die Vollverschleierung soll nach französischem Vorbild im öffentlichen Raum verboten werden (Seite 13). Nach Interpretation der AfD zerstören EU- und UN-Institutionen die europäische Vielfalt von Traditionen, Sprachen und Regionen durch die Förderung von Inklusion, Chancengleichheit, Diversität und Geschlechtergerechtigkeit (S. 50). Die AfD kritisiert die EU-Förderung von Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit und zeigt damit, dass sie nicht für eine volle Umsetzung von Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen einsteht. Vielmehr sollen Frauen in traditionelle Rollen zurückgedrängt werden.

PVV – Niederlande

Die PVV äußert sich im Wahlprogramm zu den Europawahlen nicht zu Fragen der Gleichstellung zwischen Mann und Frau. Im letzten Programm vor den Parlamentswahlen erklärt die PVV: „Gemeinden sollen nicht beitragen zu Gender-Maßnahmen, Klimawahn und Diversitätswahn.“ In einfacher Sprache mit kurzen Sätzen werden eher Parolen als wahlprogrammatische Ziele und Maßnahmen präsentiert. Die Reduzierung von komplexen Sachverhalten und Themen verschafft der Partei heute ihre erfolgreiche Positionierung. Die PVV bleibt wie andere rechtspopulistische Parteien bei diesen simplifizierten Parolen. Einem weiteren Erklärungs- oder Rechtfertigungsdruck versucht sich die Partei so von vornherein zu entziehen. Im Parlamentswahlprogramm forderte die PVV zudem den Rückbau aller staatlichen Koordinierungsebenen, die für mehr Diversität und Gleichberechtigung in der Gesellschaft sorgen sollen. So hatte die PVV beispielsweise angekündigt Rundfunksender schließen zu wollen, die angeblich „Klimapanik und Diversitätspropaganda“ verbreiten würden. Die Berufung eines Nationalen Koordinators gegen Diskriminierung und Rassismus solle beendet und der aktuelle Koordinator abgesetzt werden, um im selben Kontext „politische Indoktrination in Schulen“ zu beenden.

PiS – Polen

Das Programm trifft keine Aussagen über Gleichstellung, Geschlechtergerechtigkeit oder Chancengleichheit im Arbeitsleben. Eingangs steht, dass sich PiS für „die angemessene Stellung der Frau in der Gesellschaft“ einsetzt. Doch gezielte Maßnahmen oder weitere Erläuterungen werden nicht erwähnt. Hingegen betont die PiS, das niedrigste Rentenalter für Frauen in der EU eingeführt zu haben.

Vox – Spanien

Vox beabsichtigt, ein Familienministerium zu schaffen. Dieses soll das Gleichstellungsministerium ersetzen, das in seinen Funktionen als *unnötig, unfair und ideologisch* betrachtet wird. „Wir werden das Gleichstellungsministerium abschaffen [...]“. Die derzeitigen Mittel für die Gleichstellungspolitik sollen nach den programmatischen Vorstellungen von Vox besser in Gesundheit, Justiz, Sicherheit und Bildung investiert werden.

¹³ See <https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/11/2023-11-16--AfD-Europawahlprogramm-2024--web.pdf>.

4. Schwangerschaftsabbruch und Reproduktive Rechte

AfD – Deutschland

Eng verbunden mit dem Thema Familie ist im EU-Wahlprogramm auch die Position der AfD zur Abtreibung. Dabei stellt sich die AfD gegen Abtreibungen. Folglich, so schreibt die AfD in ihrem Programm, sollen Abtreibungen zur absolute(n) Ausnahme werden und lediglich bei kriminologischen oder medizinischen Indikationen erlaubt sein (S.47). Als Begründung führt die AfD das Recht auf Leben als ein fundamentales Menschenrecht an und stellt fest, ein Abtreibungswunsch stehe dem diametral entgegen (S. 47). Die in der EU lange errungene Freiheit von Frauen, selbstbestimmt über ihren Körper zu entscheiden, wird mit dieser Position ignoriert. Weiter heißt es im Programm: „Die AfD lehnt jede EU-Förderung von Organisationen oder Maßnahmen ab, durch die Abtreibungen forciert werden.“

Werdende Mütter will die AfD besonders unterstützen, allerdings legt die Partei dafür keinen konkreten Plan vor. Adoption wird als Antwort auf eine ungewollte Kinderlosigkeit akzeptiert, soll jedoch ausschließlich auf nationaler Ebene möglich sein (S. 47).

Fidesz – Ungarn

Seit 2012 ist eine Abtreibung in Ungarn ausschließlich durch eine Operation legal und nicht mehr durch medikamentöse Einleitung. Auch die operative Abtreibung ist seit einer verschärften Gesetzgebung aus dem Jahr 2022 nur noch in folgenden Ausnahmefällen erlaubt:

Gesundheitliche Gründe: Wenn die Schwangerschaft das Leben oder die Gesundheit der Mutter gefährdet, oder wenn der Fötus schwerwiegende genetische Schäden aufweist.

Folge eines Verbrechens: Bei Schwangerschaften infolge von Vergewaltigung oder Inzest.

Schwerwiegender Krisenzustand: Wenn die schwangere Frau unter schwerem physischem oder psychischem Stress leidet oder gesellschaftlich ausgegrenzt ist. Das Gesetz definiert dies ungenau als Situationen, die starke physische oder psychische Belastungen oder soziale Ausgrenzung verursachen können.

Diese Regelung wurde später im Jahr 2022 noch einmal verschärft. Gemäß der letzten Gesetzesanpassung muss sich eine schwangere Frau vor dem operativen Eingriff die Herzschläge des Fötus anhören, bevor sie ihre Entscheidung treffen darf. Mit dieser Verschärfung sollte die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche verringert werden. Die Maßnahme wird seither im öffentlichen Diskurs durch

Aktivisten, oppositionelle Politiker und Politikerinnen und Sozialwissenschaftler kritisiert. Nach Ansicht der ungarischen Sektion von Amnesty International handelt es sich um eine gezielte „Traumaverordnung“ für Frauen.¹⁴

Fratelli d'Italia – Italien

Die Maßnahmen zu Familie und Geburtenraten im Parteiprogramm sind mit der Haltung der Partei zu reproduktiven Rechten verbunden: In Italien ist ein Schwangerschaftsabbruch gemäß Gesetz 194/1978 seit 1978 erlaubt. Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch ist aber praktisch nicht überall garantiert, da ein großer Teil des medizinischen Personals in staatlicher Trägerschaft die Schwangerschaftsabbrüche aus ‚religiösen oder moralischen Gründen‘ ablehnt. Meloni vertritt daher die Ansicht, das Gesetz 194/1978 sei „nur unzureichend umgesetzt“; zudem sei der wichtigste Teil aber ganz ausgelassen worden: die Prävention von Schwangerschaftsabbrüchen. Laut Meloni sollte das Gesetz lediglich in absolut notwendigen Fällen einen Abbruch ermöglichen. Im Zentrum sollen hingegen das „Recht auf Mutterschaft“ der Frau und die „Wahrung der Rechte des Kindes“ stehen. Auch Melonis Familienministerin Eugenia Roccella (Fdi) betonte in der Vergangenheit immer wieder, dass es kein „Recht auf Abtreibung“ geben könne, sondern nur auf Entscheidungsfreiheit. Nichtsdestotrotz stellten beide Frauen aber klar, dass prinzipiell zwar neue Anreize zur Mutterschaft geschaffen werden müssten – angesichts der niedrigen Geburtenrate in Italien – am derzeitigen Abtreibungsrecht grundsätzlich aber nicht gerüttelt werden solle.

PiS – Polen

Die Rechte und die Lebenssituation polnischer Frauen haben sich in den vergangenen acht Jahren Regierung unter der PiS verschlechtert. In vielen Fällen hatte die Einschränkung der Rechte von Frauen tragische Konsequenzen, insbesondere bei der reproduktiven Gesundheit. Polinnen wurde von der PiS-Regierung der Zugang zu modernen medizinischen Methoden verwehrt. Auch die staatlich unterstützte gynäkologische Versorgung und sexuelle Aufklärung waren eingeschränkt. Im aktuellen Parteiprogramm taucht das Wort „Abtreibung“ nicht auf. „Schwangerschaftsabbruch“ ist nur

¹⁴ Csernus Fanni, (24. Juli 2022), Abortusz Magyarországon. Kinek, mikor és hogyan? Amnesty, <https://amnesty.444.hu/2022/07/24/abortusz-magyarorszagon-kinek-mikor-es-hogyan>.

in einem Satz erwähnt. Das Thema gilt gesellschaftlich als heikel und wird in Polen leidenschaftlich diskutiert, deshalb vermeidet die Partei erneute programmatische Stellungnahmen dazu. Nach dem Urteil des polnischen Verfassungsgerichts über das fast vollständige Abtreibungsverbot im Jahr 2020 verlor die PiS viele weibliche Wähler. Das Gerichtsurteil brachte polnische Frauen auf die Straßen, woraus eine Protestbewegung entstand, die bis heute für Frauenrechte kämpft – „Strajk Kobiet“ (Frauenstreik).

RN – Frankreich

Marine Le Pen hat in der Vergangenheit stets den Schwangerschaftsabbruch kritisiert. Allerdings hat sich ihre Position in jüngster Vergangenheit verändert. Bei einer 2024 von der linksextremen Partei La France Insoumise (dt. etwa „Unbeugsames Frankreich“) angestoßenen Gesetzesdebatte hat der RN Änderungsanträge zugunsten der Aufnahme des Schwangerschaftsabbruchs in die französische Verfassung eingebracht, wenn auch mit einem engeren vorgeschlagenen gesetzlichen Zeitraum von 14 Wochen. Diese Kehrtwende scheint darauf abzielen, Zweifel an ihrer diesbezüglichen Haltung zu zerstreuen; schließlich hatte sie 2012 noch von „Komfortabtreibungen“ („avortement de confort“) gesprochen und argumentiert, dass der Schwangerschaftsabbruch von einigen Frauen als Verhütungsmittel genutzt werde. Damals stand für den RN auch zur Debatte, die Kostenübernahme für den Schwangerschaftsabbruch zu streichen. Le Pen sprach sich 2012 noch dagegen aus, den Schwangerschaftsabbruch in der französischen Verfassung festzuschreiben. Im März 2024 hat das französische Parlament das Recht auf Abtreibung in der Verfassung verankert – mit den Stimmen des RN.¹⁵

Als 2019 in Frankreich die Ausweitung der künstlichen Befruchtung für gleichgeschlechtliche Paare diskutiert wurde, stimmte das Rassemblement National gegen den Text in der Nationalversammlung. Marine Le Pen erklärte dazu, „Der Gesetzgeber muss dem Kind vor allen anderen Erwägungen Schutz gewähren“, und fügte hinzu: „Ja, ein Kind hat das Recht, einen Vater zu haben“. Auch diese Position gegenüber homosexuellen Paaren und lesbischen Frauen wandelt sich. Während ihrer gesamten Kampagne für die Präsidentschaftswahlen 2022 hat Marine Le Pen darauf geachtet, ihre zuvor systematische Ablehnung jeglicher Fortschritte für die Rechte von LGBTQI+-Personen weniger zu erwähnen, darunter auch zur künstlichen Befruchtung für lesbische Paare. Sie kommentierte ihre zunehmend indifferente Haltung in den Medien: „Ich habe neun Millionen Arme, um die ich mich kümmern muss, ich habe 5,6 Millionen Arbeitslose, um die ich mich kümmern muss. (...) Die künstliche Befruchtung ohne Vater betrifft wie viele Menschen? Einige Hundert“.¹⁶

Vox – Spanien

Vox stellt eine Vielzahl von politischen Maßnahmen für schwangere Frauen in Aussicht, darunter die Förderung der Erwerbstätigkeit von Schwangeren und finanzielle Unterstützung, mit dem Ziel, die Geburtenrate zu steigern. Programme zur Vereinbarkeit von Privat-, Familien- und Berufsleben für Frauen sollen aufgesetzt werden. Des Weiteren will sich die Partei gegen strukturelle Benachteiligung von Frauen einsetzen, die aus der Sicht von Vox daraus entsteht, dass sie Mütter sind. Vox plädiert für den Zugang zu Informationen und Unterstützung für Frauen mit problematischen und ungeplanten Schwangerschaften. Gesondert erwähnt wird die Förderung von Adoption und Pflegefamilien als Alternative zur Abtreibung. Politische Maßnahmen zum Schutz von Frauen sind im Parteiprogramm selten und stehen lediglich im Zusammenhang mit der Ablehnung des islamischen Fundamentalismus sowie von Transgender-Frauen („Männer, die sich selbst als Frauen identifizieren“). Das Programm enthält keinen Hinweis auf eine ungleiche Lebensrealität von Männern und Frauen.

„Wir werden die Gerichte für Gewalt gegen Frauen abschaffen.“

Vox bewertet geschlechtsspezifische Gesetzgebungen als „Bedrohung“, „Verletzung“, „strafrechtliche Asymmetrie“, „mangelnder Schutz“ oder „Einschränkung der persönlichen Freiheit“. Dies gilt sowohl in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter als auch für die Rechte von Transsexuellen, für geschlechtsspezifische Gewalt, Abtreibungsrechte oder Quotengesetze. Vox möchte neue Gesundheitsgesetze verabschieden und schreibt:

„Wir werden Gesundheitsgesetze verabschieden, die das Recht auf Leben sowie körperliche und moralische Unversehrtheit respektieren. Dazu gehören ein Palliativpflegegesetz, das die Betreuung von Menschen in kritischen und letzten Lebensphasen sicherstellt, Gesetze zur Unterstützung von Geburt und Familie sowie die Aufhebung der Sterbehilfe- und Abtreibungsgesetze.“

An dieser Stelle zeigt sich die Überzeugung von Vox, dass geschlechtsspezifische Gesetze und Initiativen die Gräben zwischen Männern und Frauen fördern. Politische Initiativen und Gesetzgebungen, die in diese Richtung gehen, werden als störend für die Einheit der Familie betrachtet. Die gezielte Ansprache von Frauen vor Abtreibungskliniken soll nicht mehr als Belästigung nach dem Strafgesetzbuch gewertet werden. Die Belästigung sei aus der Sicht von Vox durch die Versammlungsrecht, die freie Wahl der Weltanschauung und die Meinungsfreiheit gedeckt.

¹⁵ Catharina Coblenz, (04. März 2024), Vorbild für Deutschland? - Frankreich verankert Recht auf Abtreibung in Verfassung, WDR, <https://www1.wdr.de/nachrichten/abtreibung-verfassung-frankreich-faq-100.html>.

¹⁶ Nicolas Scheffer, (11. April 2022), élection présidentielle En sourdine sur les questions LGBT, Marine Le Pen reste un soutien du lobby anti-gay, TÊTU, <https://tetu.com/2022/04/11/election-presidentielle-2022-second-tour-marine-le-pen-question-gay-lgbt-programme/>.

5. Geschlechtsspezifische Gewalt

Im Oktober 2023 ist die Europäische Kommission dem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt¹⁷, kürzer bekannt auch als Istanbul-Konvention, beigetreten. Durch diesen Schritt ist die gesamte EU nun daran gebunden, Standards zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in den Bereichen der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen, Asyl und Nichtzurückweisung, und in Bezug auf die öffentliche Verwaltung einzuhalten. Entsprechend können finanzielle, politische und legislative Maßnahmen verfasst werden. Gleichzeitig hat die EU ein Netzwerk zur Prävention von geschlechterspezifischer Gewalt geschaffen.¹⁸

AfD – Deutschland

Die ideologische Radikalisierung von Kindern ist zu einem wichtigen sicherheitsrelevanten Geschehen in der EU geworden, so erklärt die AfD. Und fordert weiter: vor allem Kinder aus muslimisch-fundamentalistischen Elternhäusern unterlägen dem Zugriff radikaler Ideologen, die in religiösen Predigten immer wieder zur Gewalt aufriefen. Die EU-Mitgliedstaaten seien daher in der Verantwortung, Kinder und Jugendliche vor einer Indoktrination zu bewahren. (S. 16)

Fidesz – Ungarn

Die ungarische Fidesz-Regierung unterzeichnete zwar 2014 die Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, ratifizierte sie jedoch bis heute nicht. Offiziell wurde die Ratifizierung von den Vertretern der Regierungsparteien im Parlament im Jahr 2020 mit dem Argument abgelehnt, dass die Konvention der *Migrationspolitik* der ungarischen Regierung widerspräche und eine „Gender-Ideologie“ unterstütze. Die Fidesz-Regierung missinterpretierte das *Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt* bewusst und behauptete, dass es mittels der EU-Gesetzgebung Migrantinnen erst recht ermöglicht würde, ins Land zu gelangen.

Das Ergebnis bleibt dasselbe: Fidesz und die ungarische Regierung verweigern allen ungarischen Bürgerinnen und

Bürgern den Schutz vor häuslicher Gewalt nach den völkerrechtlichen Vorgaben der Istanbul-Konvention des Europarats. Entsprechend kann Grevio, die Council of Europe *Group of Experts on Action against Violence against Women and Domestic Violence*¹⁹, in Ungarn nicht aktiv werden. Maßnahmen zur Bekämpfung häuslicher Gewalt wurden vom Parlament zwar gesetzlich verankert, allerdings nicht mit einem Fokus auf den Schutz des individuellen Opfers, sondern mit Blick auf die Unterstützung der Familie.

Fratelli d'Italia – Italien

Geschlechtsspezifische Gewalt und Opferschutz ist ein Thema im Wahlprogramm. Italien hat bereits 2014 das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, kurz Istanbul-Konvention, ratifiziert. Damit einher gingen Formulierungen von strategischen Aktionsplänen gegen geschlechtsspezifische Gewalt (2017–2020). Im Vergleich zu anderen rechtsextremen oder rechtspopulistischen Parteien in Europa betrachtet Fratelli d'Italia geschlechtsspezifische Gewalt als ein programmatisches Thema.

PiS – Polen

Der Schutz der Rechte berufstätiger Frauen oder Frauen, die häuslicher Gewalt ausgesetzt sein, wird im Programm nicht erwähnt. Die PiS lehnt die Istanbul-Konvention strikt ab und geht auf die Definition von Gewalt und Vergewaltigung überhaupt nicht ein. Dabei ist Gewalt gegen Frauen auch in Polen ein großes gesellschaftliches Problem, das durch mehrere tragische Todesfälle polnischer Frauen in der Öffentlichkeit bekannt wurde (zuletzt im März 2024, als diese Analyse erstellt wurde²⁰).

Vox - Spanien

Wichtige Themen wie häusliche Gewalt werden nur ganz allgemein angesprochen. Das Bekenntnis der Partei zur „Förderung eines Gesetzes, das alle potenziellen Opfer von Gewalt im häuslichen Bereich schützt“, verschleiert die Tatsache, dass Frauen die Hauptopfer dieser Form von

¹⁷ Europarat (2011), *Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt*, kurz Istanbul-Konvention.

¹⁸ European Commission, (n.d.), „Gender equality strategy, Achievements and key areas for action“, https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/gender-equality/gender-equality-strategy_en#gender-equality-strategy-2020-2025.

¹⁹ About GREVIO – Group of Experts on Action against Violence against Women and Domestic Violence, GREVIO, Council of Europe, <https://www.coe.int/en/web/istanbul-convention/grevio>.

²⁰ Martin Adam, (08.März 2024), Debatte über schärferes Sexualstrafrecht, Polen, Tagesschau: ARD Warschau, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/polen-vergewaltigung-strafrecht-100.html>.

Gewalt sind. Vox stellt auch an dieser Stelle mögliche Gesetzesänderungen in Aussicht:

„Wir werden spezialisierte Staatsanwaltschaften mit rein ideologischem Zweck abschaffen, wie die für demokratisches Gedenken und die für Hass- und Diskriminierungsdelikte, wir werden die aktuellen Staatsanwaltschaften gegen Gewalt gegen Frauen in solche integrieren, die sich weitgehend Familienangelegenheiten widmen, und wir werden der Staatsanwaltschaft gegen Korruption mehr Mittel und Ressourcen zur Verfügung stellen.“

Vox kündigt an, Strafmaße für Vergewaltiger erhöhen zu wollen und entlassene Vergewaltiger identifizieren zu wollen, um Frauen auch in Zukunft besser zu schützen.

Die Errungenschaft des Rechtsstaates wird an dieser Stelle wiederholt durch Vox in Frage gestellt.

6. Ausblick: Recht auf Abtreibung in der EU Grundrechtecharta

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat den fehlenden Zugang zu Abtreibungsdiensten als eine Verletzung des Rechts auf Familien- und Privatleben in ständiger Rechtsprechung anerkannt. Artikel 168 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union sieht vor, dass die Gesundheitsversorgung, einschließlich der sexuellen und reproduktiven Gesundheitsversorgung, in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union fällt. Die Mitgliedstaaten sind somit für die Festlegung ihrer gesundheitlichen Prioritäten sowie für die Organisation und Bereitstellung von Gesundheitsdiensten und medizinischer Versorgung zuständig. Die Zuständigkeit der EU beschränkt sich darauf, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern. Bei der Wahrnehmung ihrer Zuständigkeiten müssen die Mitgliedstaaten jedoch die in ihren nationalen Verfassungen verankerten Rechte respektieren und ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachkommen.²¹

Am 11. April 2024 hat das Europäische Parlament mittels einer Resolution beschlossen, das Recht auf Abtreibung in die Charta der Grundrechte der Europäischen Union

aufzunehmen.²² Gemäß Artikel 6 des Vertrags über die Europäische Union haben die in der Charta verankerten Rechte denselben rechtlichen Wert wie die Verträge selbst. Eine Änderung der Charta muss nach demselben Verfahren zur Änderung der Verträge gemäß Artikel 48 EUV erfolgen. Dafür ist eine Einigung aller Mitgliedstaaten erforderlich.

Die demokratischen und bürgerlichen Fraktionen im EP sind diesen Schritt in Richtung EU-Grundrechte gezielt gegangen, um die Würde und Rechte von Frauen in der Europäischen Union zu schützen. Die politische Debatte erfolgte vor dem Hintergrund der Entscheidung des amerikanischen Supreme Court, das Recht auf Abtreibung in den Vereinigten Staaten aufzuheben, aber auch vor jenem der nationalen Gesetzgebungen rechtspopulistischer Regierungen in der EU in der jüngsten Vergangenheit – allen voran Polen.

Die Fraktion der rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien Europas hat am 11. April 2024 überwiegend gegen die Resolution gestimmt.

²¹ EU-Kommissarin Elisa Ferreira, EP 11.04.2024, https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2024-03-14-ITM-003_DE.html.

²² Europäisches Parlament, (11. April 2024), „*Inclusion of Right to abortion in the EU Charter of Fundamental Rights*“, https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0286_EN.html.

